

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 3. Februar 2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	10. Plenarsitzung Gemeinderat 24.03.2015 2015/0105 28 öffentlich
Verweigerung eines Kita-Platzes bzw. Ausschluss aus einer Kita		

1. Wann erfuhr die Stadtverwaltung zum ersten Mal davon, dass Kinder aus einer Kita ausgeschlossen werden oder Kindern ein Kita-Platz verweigert wurde, weil die Eltern das Geld für das Mittagessen nicht aufbringen können?
2. Wie viele solcher Fälle hat es bisher gegeben?
3. Welche Auswirkungen hat ein Ausschluss bzw. die Verweigerung eines Kita-Platzes nach Auffassung der Stadtverwaltung auf die betroffenen Eltern und Kinder?
4. In wie vielen Fällen und mit welchen Maßnahmen konnte bis heute ein Ausschluss aus der Kita bzw. die Verweigerung eines Kita-Platzes verhindert bzw. rückgängig gemacht werden?
5. Wie und auf welchem Weg erfahren Eltern, die das Geld für das Mittagessen ihres Kindes bzw. ihrer Kinder in der Kita nicht aufbringen können, wohin sie sich wenden können?
6. Hält es die Stadt für angemessen, dass die Bearbeitung eines Antrags auf Erstattung des Mittagessens in der Kita bei der Sozial- und Jugendbehörde 4 bis 6 Wochen Bearbeitungszeit beansprucht?
7. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass es für viele Eltern eine hohe psychische Hürde darstellt, einen Antrag auf Erstattung des Mittagessens in der Kita zu stellen und dabei ihre Bedürftigkeit offen zu legen?
8. Was beurteilt die Stadtverwaltung den Vorschlag, Eltern, bei denen die Sozial- und Jugendbehörde die Kosten für den Kindergartenplatz übernimmt, automatisch auch die Kosten für das Kita-Mittagessen zu erstatten – und den betroffenen Eltern damit ein weiteres, meist als demütigend empfundenenes Antragsverfahren zu ersparen?

9. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass Vorgänge wie oben beschrieben eigentlich dafür sprechen, die Kita-Gebühren inklusive Beiträge für das Mittagessen abzuschaffen, nicht nur aus materieller Sicht, auch unter dem Aspekt, dass Eltern und Kinder einkommensschwacher Haushalte derzeit über komplizierte und langwierige Antragsverfahren für einzelne Leistungen (Bildungspaket, Kita-Gebühren, Mittagessenserstattung) in Stress und entwürdigende Lebenslagen hineingetrieben werden?

Sachverhalt/Begründung:

Im Januar 2015 wurde in der Presse darüber berichtet, dass in Karlsruhe Kinder aus Kitas ausgeschlossen und Eltern Kita-Plätze verweigert wurden, weil sie sich nicht in der Lage sehen, den Eigenbeitrag für das Mittagessen der Kinder in der Kita aufzubringen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

13. März 2015